

Johannes Schraps.



Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 22/20

22. Dezember 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

in der letzten Sitzungswoche dieses Jahres konnten wir mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz und der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes noch zwei wichtige sozialdemokratische Projekte unter Dach und Fach bringen. Gute arbeitsrechtliche Standards und Arbeitsschutz müssen für jede Arbeit in Deutschland gelten – natürlich auch und nach den Erfahrungen der letzten Monate in der Fleischindustrie. Deshalb beenden wir das System von organisierter Verantwortungslosigkeit und sozialen Missständen in dieser Branche und sorgen auch dort für verlässliche Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung.

Und auch beim Klimaschutz gehen wir einen wichtigen Schritt voran. Die jüngsten Klimabeschlüsse des Europäischen Rates sind für uns ein Auftrag, die Treibhausgasemissionen noch schneller zu reduzieren. Den Erneuerbaren Energien kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu:

Wir sorgen dafür, dass Strom umweltschonend produziert und die Kosten sozial verträglich auf mehrere Schultern verteilt werden.



Das Jahr 2020 war vor allem geprägt durch die Corona-Pandemie. Zweifellos: Es war richtig, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor gut drei Jahren die Verantwortung übernommen haben und in die Regierung eingetreten sind. Ohne die Sozialdemokratie stünde Deutschland in dieser Pandemie-Zeit heute nicht so robust da und schon gar nicht so solidarisch. Doch noch hat uns das Virus im Griff. Es geht nicht anders: Das Weihnachtsfest kann nur im engsten Kreis stattfinden, Silvesterfeiern sind nicht wie gewohnt möglich. Viele Unternehmen und Geschäfte mussten letzte Woche schließen. Aber unsere Zusage gilt: Wir werden Unternehmen, Soloselbstständige und Freiberuflerinnen und Freiberufler in dieser schwierigen Lage weiter unterstützen. Dazu haben wir die Überbrückungshilfe III abermals erweitert.

Lasst uns nun die Feiertage im engsten Kreis nutzen, um Kraft für das neue Jahr zu schöpfen. In unserer Jahresauftaktklausur werden wir die Marschroute bis zum Ende der Legislaturperiode festlegen. Wir bleiben dran an einer sozialen Politik für Deutschland!

Mit herzlichen Grüßen



Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Büroveränderungen: Jan-Eric Sauer verlässt mein Wahlkreisbüro
- Seite 3** — Eva Zimmermann verlässt mein Berliner Bundestagsbüro
- Seite 4** — Wettbewerb des Bundeslandwirtschaftsministeriums für die besten Insektenschutzprojekte
- Seite 5** — Gemeinsame Sitzung von BSPC und PABSEC (Ostsee und Schwarzmeer)
 - EU-11 Gesprächskreis zu Rumänien
- Seite 6** — Themenausblick Bundestag
- Seite 7** — Weihnachtsgrüße und einen guten Start ins neue Jahr 2021

Ihr findet mich auch bei :



JAN-ERIC SAUER VERLÄSST MEIN WAHLKREIS BÜRO

Das Jahr neigt sich dem Ende entgegen und ich möchte euch deshalb noch über Veränderungen in meinem Büro berichten. Seit meiner Wahl in den Bundestag im Herbst 2017 unterstützen mich Alexandra Bruns und Heike Beckord in gewohnter Manier (beide haben auch bereits für meine Vorgängerin Gabriele Lösekrug-Möller gearbeitet) ganz ausgezeichnet. Im Sommer 2018 habe ich die Besetzung meiner Wahlkreis-Büros dann mit Jan-Eric Sauer komplettiert. Jan kommt aus Hehlen und hat als ausgebildeter Fachinformatiker, der nach der Ausbildung 13 Jahre lang bei der Bundeswehr verpflichtet war, nicht nur ganz viele neue Erfahrungen und Blickwinkel in das Büro eingebracht, er hat sich auch menschlich so wunderbar in mein Team eingefügt, dass es mir nun ganz besonders schwer fällt, in aus meinem Büro ausscheiden zu lassen. Nach der Bundeswehrzeit hatte Jan im Rahmen des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr ein Studium der Sozialen Arbeit begonnen und sozusagen „nebenbei“ zunächst als studentischer Mitarbeiter bei mir gearbeitet. Das hat gemeinsam mit Alex und Heike so gut funktioniert, dass er im Anschluss an das Studium dann auch während seines Anerkennungsjahres einfach weiter in meinen Wahlkreisbüros geblieben ist. Es liegt in der Natur der Sache, dass ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Abgeordneter immer nur befristete Verträge bis zur nächsten Wahl anbieten kann. Deshalb kann ich es jetzt auch vollkommen nachvollziehen, dass Jan das Angebot seines anderen Ar-



beitgebers annimmt, wo er eine unbefristete Vollzeitstelle antreten kann. Auch dort hat er im Verlaufe des Anerkennungsjahres ganz mit seinem unkomplizierten Auftreten und der ausgezeichneten Arbeit überzeugt. Ich freue mich sehr für Jan. Und auch deshalb habe ich neben dem weinenden Auge, das einen wunderbaren Mitarbeiter ziehen lassen muss, auch ein lachendes Auge im Gesicht. Denn ich

weiß, dass die Sicherheit eines unbefristeten Vollzeitjobs gerade mit Familie viel Wert ist und er nun zudem in dem Bereich arbeiten kann, für den er sein Studium der Sozialen Arbeit erfolgreich absolviert hat. Ich bin sehr dankbar für alles, was er in mein Team eingebracht hat. Und ich freue mich riesig, dass er mich im kommenden Jahr im Bundestagswahlkampf trotzdem unterstützen möchte.

EVA ZIMMERMANN HAT IHR STUDIUM ABGESCHLOSSEN

Nicht nur im Wahlkreisbüro, auch in meinem Büro im Bundestag gibt es nun zum Jahreswechsel eine personelle Veränderung. Philipp Klein und Irina Knyazeva sind im Berliner Abgeordnetenbüro von Anfang an mit dabei und hatten seit Oktober 2018 großartige Unterstützung von Eva Zimmermann als studentische Mitarbeiterin erhalten. Eva kommt ursprünglich aus Erbach in Südhessen, wo es zwischen Frankfurt am Main, Mannheim, Würzburg und Heilbronn mindestens so ländlich geprägt ist, wie bei uns im Weserbergland. Beste Voraussetzungen, um in meinem Büro zu landen, während sie den Masterstudiengang „Internationale Beziehungen“ an der Freien Universität Berlin besuchte. Kennengelernt hatten wir uns aber schon vorher. Im Frühjahr 2018. Eva war in den letzten Zügen ihres Studiums der Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und absolvierte ein Praktikum im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew in der Ukraine. Ich nahm als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion am Minsk Dialogue Forum in Belarus teil. Das FES-Büro in Kiew half mir bei der Organisation einiger zusätzlicher Gespräche rund um die Veranstaltung in Minsk. Dass Eva kurze Zeit später ihren Studienplatz in Berlin bekam und



bei mir nachfragte, ob ich ein Abgeordnetenbüro kenne, in dem noch studentische Unterstützung gesucht wird, war für mich und mein Büro ein großer Glücksfall. Genau darüber hatte ich mit Irina und Philipp einige Tage zuvor gesprochen...

Als Abgeordneter wünscht man sich möglichst wenig Fluktuation im Team und hofft, dass es im Miteinander im Büro einigermaßen passt. Eva hat viel dazu beigetragen, dass es genauso gepasst hat und ich bin sehr dankbar für ihre Unterstützung in den vergangenen beiden Jahren und für alles, was sie über die inhaltliche und organisatorische Arbeit im Büro hinaus für das Büroteam getan hat. Wir alle haben uns mit Eva im Büro ganz

ausgesprochen wohl gefühlt. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie ihr gesamtes Masterstudium bei uns im Büro verbracht hat.

Wir werden ein Abschiedstränchen verdrücken und Eva ganz sicher vermissen. Ich hätte sie gerne noch länger im Team behalten. Aber jedes Studium geht einmal zu Ende und mich wundert es überhaupt nicht, dass Eva sofort eine spannende Vollzeitstelle antreten kann. Ich wünsche Eva viele neue und interessante Erfahrungen. Auch bei ihr bleibt mir neben dem weinenden Auge also auch ein lachendes, dass sich herzlich für sie freut. Wir bleiben in Kontakt und ich bin sehr gespannt, was wir in Zukunft alles von Eva hören werden.

WETTBEWERB DES BUNDESLANDWIRTSCHAFTSMINISTERIUMS FÜR DIE BESTEN INSEKTENSCHUTZPROJEKTE

SPD

JETZT FÜR DEN BUNDESWETTBEWERB INSEKTENSCHUTZ BEWERBEN

JOHANNES-SCHRAPS.DE

Das Bundeslandwirtschaftsministerium sucht ab sofort Vorbild-Projekte für den Insektenschutz. Initiativen, Projekte und Ideen können sich bis zum 28. Februar 2021 bewerben. Insgesamt stehen Preisgelder in Höhe von über 22.000 Euro zur Verfügung. Eine intakte Natur und Artenvielfalt sind die Basis für eine gesunde Landwirtschaft. Insekten leisten dabei einen elementaren Beitrag, um unsere Pflanzen und Nahrungsmittel zum Blühen zu bringen. Daher möchten wir als

Bund einen Beitrag leisten, den Schutz und die gesunde Entwicklung unserer Insekten zu fördern. Das Bundeslandwirtschaftsministerium sucht jetzt genau die Menschen, die hinter diesem Engagement stecken. Sie sollen öffentlich Anerkennung bekommen, ihre Projekte bekannter werden. Der Bundeswettbewerb „Land. Vielfalt. Leben.“ prämiert das vielseitige Engagement rund um den Insektenschutz. Ob Blühstreifen oder die Schaffung von Nist- und Nah-

rungsangeboten – engagierte Bürger, Betriebe oder Initiativen haben nun die Chance, für ihr Engagement ausgezeichnet zu werden. Das ist eine tolle Aktion, die ich gerne unterstütze. Ich weiß, dass wir bei uns in der Region viel für den Insektenschutz tun. Daher möchte ich alle Initiativen dazu aufrufen, sich zu bewerben und ihr Engagement sichtbar zu machen.

Mehr dazu:

<http://land-vielfalt-leben.de/>

GEMEINSAME SITZUNG DER BSPC UND PABSEC - AUSTAUSCH DER OSTSEE-ANRAINER UND SCHWARZMEER-ANRAINER

Vorletzte Woche fand ein digitales Treffen der Mitglieder des Standing Committee der BSPC (Baltic Sea Parliamentary Conference) und der PABSEC (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation) statt. Obwohl BSPC und PABSEC unterschiedliche regionale Schwerpunkte haben, sind ihre Ziele und Missionen sehr ähnlich. Deswegen nehmen Mitglieder der BSPC regelmäßig an den Tagungen der PABSEC teil und andersrum.

Dieses Mal war es - wie alle Veranstaltungen solcher Art in diesem Jahr - etwas besonders. Wir haben uns im Rahmen einer digitalen Konferenz getroffen. Dabei kamen Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, Finnland, Schweden, Russland, Estland, Dänemark, Aland In-



seln, Lettland, Norwegen, Polen, Rumänien, Türkei, Georgien und Aserbaidschan zusammen. Im Mittelpunkt standen zwei Themen: Die Rolle der Parlamente in der COVID-19 Pandemie sowie Klimawandel und Biodiversität unsere Mee-

re. Selbst wenn ein digitales Format Möglichkeiten für einen persönlichen Austausch etwas einschränkt, war es eine sehr inhaltreiche und durchaus gelungene Veranstaltung mit intensiven Diskussionen und wichtigen Inputs.

EU-11 GESPRÄCHSKREIS ZU DEN WAHLEN IN RUMÄNIEN

In der vergangenen Woche fand die letzte Sitzung des EU-11 Gesprächskreises in diesem Jahr statt. Wir haben diese letzte Sitzung den Parlamentswahlen in Rumänien gewidmet und vor allem der Frage, welchen Weg unsere sozialdemokratische Schwesterpartei PSD nun einschlagen wird. Dazu wurden wir von der Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert Stiftung in Bukarest Juliane Schulte und dem Mitarbeiter Cristian Chiscop umfangreich informiert. Gerade für die europäische Sozialdemokratie ist von Bedeutung, wie sich die PSD für die Zukunft aufstellt, stellt sie doch immerhin neun Abgeordnete innerhalb der S&D-Fraktion. Aber auch die PSD braucht die Unterstützung

der europäischen Sozialdemokratie. Deswegen ist es wichtig für uns in Berlin auf dem Ball zu bleiben und gut informiert zu sein. Mit dem EU-11-Gesprächskreis soll ein Beitrag geleistet werden für ein besseres Verständnis der sich in den elf osteuropäischen EU-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien) abspielenden politi-



schen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Einer weiteren Spaltung der EU in Ost und West, Nord und Süd soll so entgegengewirkt werden.

Verlässliche Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie

Für jede Arbeit in Deutschland müssen gute arbeitsrechtliche Standards und Arbeitsschutz gelten – auch in der Fleischindustrie. Daher beenden wir das System von organisierter Verantwortungslosigkeit in dieser Branche und sorgen auch dort für verlässliche Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung. Durch das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit zwingen wir die Branche, Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Darauf zielt das Arbeitsschutzkontrollgesetz, das in dieser Woche in 2. und 3. Lesung beraten wird.

Wir wollen mit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern für verlässlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz sorgen. Außerdem müssen wir in außergewöhnlichen Notlagen handlungsfähiger sein. In der Fleischindustrie machen wir die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit zur Pflicht und verbieten den Einsatz von Fremdpersonal im Kerngeschäft. Dafür werden Werkverträge im Kernbereich der Fleischindustrie genauso verboten wie die Leiharbeit beim Schlachten und Zerlegen. Außerdem gilt in der Fleischverarbeitung künftig ein grundsätzliches Verbot der Arbeitnehmerüberlassung. Nur durch einen Tarifvertrag können in engen Grenzen und auf drei Jahre befristet Vereinbarungen getroffen werden. Das stärkt die Tarifbindung in einer Branche, in der es bisher nur wenige Tarifverträge gibt. So werden die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt. Nicht zuletzt wird auch die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verbessert.

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Strom aus Erneuerbaren Energien leistet einen wesentlichen Beitrag für mehr Klimaschutz. Mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, den wir in dieser Woche abschließend beraten haben, soll der Ausbau von Erneuerbaren Energien in Deutschland weiter gefördert werden. Laut dem Entwurf können Windkraftanlagen, deren EEG-Vergütung ab dem 1. Januar 2021 ausläuft, über eine erhöhte Marktwertprämie, Ausschreibungen oder Direktvermarktung weiterhin am Netz bleiben. Für Photovoltaik-Anlagen, die aus der Förderung fallen, wird die Nutzung von selbst produziertem Solarstrom erleichtert. Zudem soll der Bau von Windrädern für Kommunen attraktiver werden, indem Betreiber den Kommunen künftig 0,2 Cent pro Kilowattstunde abgeben können. Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbindlicher zu gestalten, wird ein verbindlicher Koordinierungsmechanismus eingerichtet. Jedes Jahr berichten die Länder ihren Stand beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. So ist für jeden ersichtlich, ob wir auf dem Weg sind, unsere Ausbauziele zu erreichen. Doch wir möchten mehr erreichen. Deshalb haben wir uns neben dem Gesetzentwurf auf einen Entschließungsantrag geeinigt, dessen Maßnahmen im ersten Quartal 2021 umgesetzt werden. Dazu gehören die Anhebung der Ausbauziele für Windenergie an Land und Photovoltaik und ein verlässlicher Plan zur schrittweisen Reduzierung und langfristigen Beendigung der Förderung von Erneuerbaren Energien im Stromsektor.

Jahressteuergesetz: Alleinerziehende werden dauerhaft entlastet

Mit dem Jahressteuergesetz 2020, das wir in dieser Woche im Bundestag verabschieden, werden Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Vereine steuerlich bessergestellt. Um in der Pandemie zu helfen, führen wir eine Homeoffice-Pauschale ein, verlängern die Steuerfreiheit für Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld sowie die Zahlungsfrist für die Steuerbefreiung von Corona-Sonderzahlungen. Die Übungsleiter- und die Ehrenamtspauschale werden erhöht, die Arbeit der gemeinnützigen Vereine wird vereinfacht und das Spektrum der anerkannten gemeinnützigen Zwecksetzungen wird u.a. um Klimaschutz und Freifunk erweitert. Der auf 4.008 Euro angehobene Entlastungsbetrag für Alleinerziehende war bislang befristet – jetzt wird er dauerhaft gewährt. Zudem wird die steuerliche Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe ausgebaut. Durch die rückwirkende Einziehung bereits verjährter Steueransprüche sorgen wir da-für, dass Steuerhinterzieherinnen- und Erzieher auch dann nicht davonkommen, wenn ihre Taten lange zurückliegen. Sie sollen ihre Beute auf keinen Fall behalten können. Weitere Maßnahmen dienen der Verhinderung von schwerem Umsatzsteuerbetrug. Leider konnten wir CDU/CSU nicht dazu bewegen, das politische Engagement gemeinnütziger Organisationen im Jahressteuergesetz zu regeln. Auf allen Ebenen haben wir uns für eine gesetzliche Klarstellung eingesetzt, dass eine gemeinnützige Organisation nicht um ihre Steuerbefreiung fürchten muss, wenn sie sich politisch betätigt.

WEIHNACHTSGRÜßE UND EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR



Corona geprägt sein wird. Weihnachten feiern und das Fest genießen, wenn auch nicht im gewohnten Rahmen, das wird anders sein als in den vergangenen Jahren und fordert von vielen von uns den Verzicht auf liebgewordene Gewohnheiten.

Am Ende dieses außergewöhnlichen Jahres möchte ich mich für die vielen netten Begegnungen, Gespräche und für die gute Zusammenarbeit bedanken. Auch für 2021 freue ich mich auf eine weiterhin vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Das Jahr 2020 geht zu Ende. Und es hat uns allen viel abverlangt. Die COVID-Pandemie hat unser aller Leben in den vergangenen Monaten ziemlich auf den Kopf gestellt. Viele Menschen durchleben Einsamkeit, Isolation und Existenzängste. Auch als Politikerinnen und Politiker treffen wir Entscheidungen, die wir uns in „normalen“ Zeiten in Deutschland so nicht vorstellen konnten. Der Umgang mit der aktuellen Situation ist für uns alle eine Herausforderung. Die Pandemie hat aber auch gezeigt, dass wir ein solidarisches Land sind. Die

Hilfen und Unterstützungsangebote waren und sind vielfältig - angefangen bei Einkaufshilfen bis hin zu Telefonketten, um der Einsamkeit vorzubeugen. Vielen Dank an alle, die sich hier engagieren! Auch der Staat nimmt viel Geld in die Hand, um die finanziellen Auswirkungen in den verschiedenen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des täglichen Lebens abzufedern. Ich freue mich, dass die Bundesrepublik Deutschland die finanziellen Möglichkeiten dazu hat. Jetzt naht das Weihnachtsfest, das für uns alle auch durch

Der Umwelt zuliebe haben wir auch in diesem Jahr auf den Versand per Briefpost verzichtet. In diesem Jahr geht eine Spende anstelle von "Weihnachtspost" wieder an Einrichtungen in meinem Wahlkreis im Weserbergland: An die Klinik-Clowns am Sana Klinikum Hameln-Pyrmont, die Holzmindener Tafel e.V. und das Forum KINDERarMUT Uslar-Bodenfelde.

Ich wünsche euch allen Gesundheit, ein frohes und geruhames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva